

BUCHBESPRECHUNGEN / BOOK REVIEWS

Jutta Kramer / Björn G. Schubert (Hrsg.)

Verfassungsgebung und Verfassungsreform im In- und Ausland. Constitution Making and Constitutional Reform in Germany and Abroad

Ein internationales Symposium

NOMOS Verlag, Baden-Baden, 2005, 294 S., 66,00 EUR, ISBN 3-8329-1298-3

(Reihe Föderalismus-Studien, Bd. 17)

Der Sammelband enthält Schriftfassungen verschiedener Vorträge, die auf dem internationalen Verfassungskolloquium im November 2002 in Hannover anlässlich des 65. Geburtstages von *Hans-Peter Schneider* gehalten wurden. Die inhaltlich durch ihren rechtsvergleichenden Überbau trotz thematischer Breite miteinander verbundenen Vorträge spiegeln hierbei auch ausweislich des Vorworts vor allem das vielfältige Wirken des Jubilars wider. Die einzelnen Beiträge sind systematisch vor allem nach geographischen Gesichtspunkten geordnet: Spanien (*Dieter Koniecki, Gregorio Peces-Barba Martinez, Luis López Guerra* und *Francisco Rubio Llorente*), Ostasien (*Kay Hee-Yol, Bang Seung-Ju* und *Choi Bong-Seok*), Ost- und Südosteuropa (*Viacheslav Seliverstov, Giorgi Khubua, Konstantin Kublashvili, Lidija R. Basta Fleiner* und *Thomas Fleiner*), Südafrika (*Lourens M. du Plessis, Nico Steytler*), Deutschland (*Friedhelm Hufen*) sowie die deutschen Bundesländer (*Reinhard Höppner, Hans von Mangoldt, Bernd Kunzmann* und *Uwe Berlit*) und schließlich Europa (*Eckart Cuntz*). Alle Beiträge widmen sich spezifischen Fragen des Verfassungsrechts und seiner Entwicklung in den jeweiligen Staaten und Regionen. Dabei werden bewusst übergreifende Themenstellungen aufgegriffen, die auch einen im jeweiligen Rechtskulturkreis nicht versierten Leser ansprechen und rechtsvergleichende Einblicke in den grundsätzlichen Umgang mit dem Verfassungsrecht in anderen Staaten verschaffen. Die spanischen Beiträge befassen sich mit der Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit im Rahmen der Verfassungsentwicklung und mit Vorschlägen eines europäischen Modells der Zuständigkeitsallokation im Grundrechtsschutz, namentlich zwischen EuGH, EGMR und nationaler Verfassungsgerichtsbarkeit. Die drei Beiträge aus Ostasien befassen sich jeweils mit dem Verfassungsrecht der Republik Korea. Zu erwähnen ist insbesondere der eingehende und einen weiten Bogen spannende Vortrag von *Kay Hee-Yol* zu „Verfassungsgebung und Verfassungsrealität in Korea“, der vor allem die wechselhafte Zeitgeschichte koreanischer Verfassungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und den sukzessiven, mit Rückschlägen verbundenen Prozess der Demokratisierung nachzeichnet. Die Beiträge zu Ost- und Südosteuropa greifen jüngste Verfassungsentwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges in Russland, Georgien und dem zerfallenen Jugoslawien auf. Exemplarisch sei hier auf die aufschlussreichen Ausführungen von *Thomas Fleiner* verwiesen, der sich

mit völkerrechtlichen und bundesstaatstheoretischen Fragen des Sezessionsrechts am Beispiel des früheren jugoslawischen Bundesstaats auseinandersetzt und dabei kritisch die Frage aufwirft, ob angesichts der völkerrechtlichen Anerkennungspraxis auf dem Balkan Bundesstaaten die Keimzelle des Verfalls von Anfang an in sich tragen und daher „Staaten zweiter Klasse“ seien. Zwei Beiträge widmen sich der Verfassungsentwicklung Südafrikas seit dem Ende der Apartheid, wobei das besondere Augenmerk auf bundesstaatliche Fragen gelenkt wird, die wiederum zahlreiche Parallelitäten zum deutschen Staatsrecht aufweisen. *Friedhelm Hufen* widmet sich dem Reformbedarf der deutschen Verfassung anhand einzelner staatspraktischer bzw. verfassungspolitischer Problemfelder. Während der mit Recht diagnostizierte „Entrümpelungsbedarf“ und das Ziel einer Entlastung des Verfassungstextes durch eine Reduktion auf das Erforderliche weiterhin im Wege politischer Konsensfindung praktisch nicht erreichbar erscheinen, wurde einigen der föderalismuspolitischen Ansätze *Hufens* im Rahmen der letzten Verfassungsreform (BGBl. 2006 I S. 2034) durchaus Rechnung getragen. Die Beiträge zu den deutschen Bundesländern befassen sich im Schwerpunkt mit Fragen der Verfassungsgebung im Kontext der deutschen Wiedervereinigung. Insgesamt handelt es sich bei dem besprochenen Werk daher um eine anregende Komposition wissenschaftlicher Beiträge, die mehrheitlich den Blick auf Regionen lenken, die gerade für das Öffentliche Recht bislang noch lange nicht erschlossen sind. Es ist dabei kein Zufall, dass ein erheblicher Teil der Beiträge gerade verfassungsrechtliche Transitionsprozesse behandelt, werden in Phasen des gesellschaftlichen bzw. konstitutionellen Umbruchs und der Neuorientierung doch typischerweise gerade rechtskulturelle Ressourcen anderer Staaten angezapft. Der vorliegende Sammelband verdeutlicht damit einmal mehr: Verfassungsrechtsvergleichung¹ ist eine lebendige und dynamische Disziplin, die durch ihren Materialreichtum immer wieder auch zur kritischen Reflexion tradierter national-rechtlicher Standpunkte anregt und daher zu Recht zunehmend breitere Beachtung findet.

Klaus-Ferdinand Gärditz, Bayreuth

¹ Zu Erkenntniszielen und Besonderheiten dieser Disziplin neuerdings *Theo Öhlinger*, Vom Sinn und Nutzen der Verfassungsvergleichung, in: Harald Eberhard/Konrad Lachmayer/Gerhard Thallinger, Reflexionen zum Internationalen Verfassungsrecht, 2005, S. 11 ff.; *Bernd Wieser*, Vergleichendes Verfassungsrecht, 2005, S. 27 ff.

Peter Waldmann (Hrsg.)

Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie

Schriften der philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Band 70

Verlag Ernst Vögel, München, 2003, 164 S., 58,00 EUR; ISBN 3-89650-159-3

Der Begriff "soziale Anomie" geht zurück auf den französischen Soziologen Émile Durkheim (1858–1917). Er beobachtete im Wechsel von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts Zustände gesellschaftlicher Regellosigkeit und Desorientierung, geprägt vom Verlust traditioneller Wertgefüge aus Religion und Moral. Zu deren Bezeichnung griff er zurück auf das griechische Wort für "Gesetzlosigkeit". Unter diesem Aspekt moderne Diktaturen zu analysieren, bildet einen zentralen Forschungsgegenstand des Augsburger Rechtssoziologen *Peter Waldmann*, auch dem Publikum dieser Zeitschrift kein Unbekannter.¹ Nach einem vorangegangenen Sammelband eigener Aufsätze² behandeln die nunmehr hier versammelten 13 Beiträge, umsichtig redigiert von *Volker Dotterweich*, aus unterschiedlicher Feder und verschiedenen Blickwinkeln anomische Binnen-Phänomene diktatorischer Systeme, vor allem aber auch anomische Begleiterscheinungen postdiktatorischer Transformationsprozesse. Man fühlt sich entfernt erinnert an den 1971 von *Rolf Italiaander* herausgegebenen Sammelband "Diktaturen im Nacken", eine gespenstische tour d'horizon durch die realen Schrecknisse der meisten damals bekannten Diktaturen. Erfreulicherweise geschrumpft das geographische Spektrum der vorliegenden Beiträge.

Einer immerhin zehneitigen "Vorbemerkung" des Herausgebers zur Entwicklung und Operationalisierung des Anomiebegriffs folgen insgesamt fünf, vom Umfang her annähernd ausgewogene Teile.

Im Teil I "Theoretische Perspektiven" untersucht der Herausgeber seinerzeit im postperonistischen Argentinien selber beobachtete anomische Effekte auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit für diktatorische Systeme ("Diktatur und Anomie – ein Forschungsprojekt und seine ersten Ergebnisse"). Dabei wird dankenswerterweise differenziert zwischen totalitären Diktaturen mit ihrer ideologischen Kontaminierung der gesamten Gesellschaft einerseits und autoritären Diktaturen andererseits, die ihre Untertanen weitgehend unbehelligt lassen, soweit diese sich nicht oppositionell in die Herrschaftsausübung einmischen, die Pfründe gefährdend, auf denen die Tyrannei ruht. Als "anomisch" definiert *Waldmann* in diesem Zusammenhang Situationen, "...die durch einen Mangel an klaren, konsistenten, sozial akzeptierten und durchsetzbaren Regeln bzw. Normen gekennzeichnet sind" (S. 22). Damit sind nicht gemeint fehlende staatliche Gesetze, mangelt es an deren hochtouriger Produk-

¹ *Peter Waldmann*, Rechtsunsicherheit, Normenpluralismus und soziale Anomie in Lateinamerika, Herbert-Krüger-Gedächtnisvorlesung, VRÜ 31 (1998), Nr. 4, S. 427 ff.

² *Peter Waldmann*, Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika, Opladen 2002

tion doch weder Diktaturen, namentlich in ihrer Etablierungsphase,³ noch Transitionsregimes beim notwendigen Normenaustausch. Die begriffswesentliche Orientierungslosigkeit manifestiere sich vielmehr in den "... verschiedenen Formen abweichenden Verhaltens ...", anders ausgedrückt: in den vielfältigen Formen, wie Menschen auf Diktaturen reagieren, sei es, solange sie unter ihnen leben, sei es, sobald sie sie los sind. Dies betont auch *Helmut Thome*, der in Halle/Wittenberg Soziologie lehrt, in seinem anschließenden Beitrag ("Das Konzept sozialer Anomie als Analyseinstrument"): Anomische Zustände im Sinne sozialer und moralischer Desorientierung können Diktaturen provozieren (Stichwort: Sehnsucht nach starker Führung), aus solchen aber auch resultieren: Die Diktatur mit ihren Maßstäben wird nicht akzeptiert (Stichwort: innere Emigration) oder seitens der Herrschenden konserviert bis zum Realitätsverlust (Stichwort: Wer zu spät kommt...); der demokratische Transformationsprozess ohne persönliches Feindbild muss navigieren vielfach im normativen Niemandsland zwischen gestern und morgen (Stichwort: Gegen Franco lebten wir besser). In Teil II "Diktaturen, die sich selbst reproduzieren" beschreibt zunächst *M. Rezah Fari-borz Hamzeh'ee*, nach Promotion in Indien und Deutschland Dozent für Wirtschaft und Soziologie an der Universität Kermanshah/Iran, eindrucksvoll die anomischen Effekte der bis in die iranische Gegenwart nachwirkenden Modernisierungsdiktatur der Pahlawis ("Soziale Anomie im Iran in der Schah-Ära"). Die ihr zum Opfer gefallenen traditionellen Strukturen finden sich dabei rückblickend vielfach idealisiert bei freilich zu geringer Reflexion der gegenwärtigen Religionsdiktatur. Überzeugend die anschließende Analyse von *Hans-Jürgen Frieß*, als Soziologe und Politikwissenschaftler in der Markt- und Motivforschung tätig ("Gesellschaftliche Doppelmoral und politische Stabilität. Das Castro-Regime auf Kuba"): Eine Art sektorale Anomie sieht der Autor ausgelöst namentlich vom ökonomischen Überlebensdruck: Im dualen Wirtschaftssektor toleriert der Staat, anders als offiziell suggeriert, vielfach ideologiefremde "Markt"-Mechanismen, was aber, weil jahrzehntelang praktiziert und allen Beteiligten geläufig, insgesamt das politische System Cubas nicht als anomisch erscheinen lässt, jedenfalls, solange die Ära Castro dauert.

Teil III "Transition und Anomie: Das Ende autoritärer Regime" beschränkt sich auf die Beispiele Spaniens und Chiles. *Walther L. Bernecker*, Hispanist in Erlangen-Nürnberg, behandelt in seinem faszinierenden Beitrag ("Demokratisierung und Desorientierung: Spanien nach 1975") eine Fülle von Symptomen anomischer Elemente als Begleiterscheinungen der gleichwohl im Rekordtempo erfolgreich bewerkstelligten "transición", wobei es sich aber, wenn z.B. immer wieder auf die Symptome Alkoholismus, exzessiver Eskapismus, Kriminalitätsanstieg etc. verwiesen wird, um die eigentlich wenig überraschenden Turbulenzen wiedergewonnener Freiheit handelt. Kriminalitätsstatistiken in Diktaturen ohne Presse- und Informationsfreiheit dürften ohnehin der notwendigen Verlässlichkeit entbehren. *Detlef Nolte*, Chef des GIGA-Instituts für Lateinamerika-Studien (ehemals Institut für Iberoamerika-Kunde im Forschungsverbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut) diagnostiziert sowohl für die Schluss-Phase der Allende-Ära als auch für den

³ Das deutsche Reichsgesetzblatt, Teil I, war nie umfangreicher als 1934 (1.291 Seiten).

chilenischen Transitionsprozess nach dem Ende der Pinochet-Diktatur anomische Elemente, die indes eher subjektiv geprägt, denn der objektiven Situation geschuldet gewesen seien ("Angst vor Anomie statt Anomie: Verunsicherung und Zukunftsangst nach der Ablösung des Pinochet-Regimes in Chile"). Von einem ganz anderen Ansatz her widmet sich dem Forschungsgegenstand *M. Soledad Lagos de Kassai*, in Augsburg promovierte Romanistin, als Literatur- und Theaterwissenschaftlerin seit 1997 (wieder) tätig an der Pontificia Universidad Católica de Chile ("Literarische Produktion der chilenischen und spanischen *transición*"). Mit einer imponierenden Materialfülle gelingt ihr der plausible Nachweis, wie durchaus vergleichbar parallel in beiden Ländern Literatur-Themen sowohl die diktatorische Repression als auch die nachfolgende Etablierungsphase demokratischer Freiheit literarisch reflektieren: "Kernbegriffe wie Einsamkeit, Desillusionierung, Verwirrung, Fragmentierung und Hinwendung zur Subjektivität spielen in allen untersuchten Genres eine zentrale Rolle" (S. 207).

Teil IV ("Anomie unter totalitärer Herrschaft und nach deren Sturz oder Auflösung") bringt gezielte Fallstudien mit konkretem regionalen Bezug. Am Anfang steht eine länderübergreifende Studie aus der geschliffenen Feder des zunächst in Breslau, seit 1993 an der Viadrina lehrenden Sozialphilosophen *Dariusz Aleksandrowicz* ("Normative Labilität im Sozialismus und im Systemumbruch"). Bemerkenswert deutlich zum Ausdruck kommt hier die Larmoyanz so mancher Umbruchs-Verlierer in ihrer Sehnsucht nach beidem zugleich: Rückblickend verklärter sozialistisch-mitmenschelnder Nestwärme und risikofreier Individualität. Zukunftsgewandt dagegen der Blick auf das größte Volk der Erde im Beitrag des in Madrid lehrenden Doppelgespanns *Taciana Fisac*, Dozentin für chinesische Ökonomie und *Leila Fernandez-Stembridge*, Dozentin für chinesische Sprache und Kultur ("Uncertainty and Social Change in the People's Republic of China"). Dem Osten Mitteleuropas widmen sich *Peter Birle* vom Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz Berlin ("Transformation und Anomie – Der Fall Polen") und *Tibor Dömötörfi* vom Zentrum für Sozialforschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest ("Demokratisierung und soziale Anomie in Ungarn").

In Teil V wird fündig, wem bislang ständig das Stichwort Deutschland auf der Zunge lag. Das historische Unikat doppelter Erfahrung von Diktatur und Redemokratisierung behandeln für die frühe Nachkriegszeit der Augsburger Soziologe *Michael Schoierer* ("Demokratisierung und soziale Anomie nach der NS-Diktatur") und mit Blick auf die DDR *Helmut Fehr*, Privatdozent an der Berliner Humboldt-Universität ("Krisen des Übergangs. Überlegungen zur Integrations- und Legitimationsproblematik vor und nach dem revolutionären Umbruch von 1989"). Im letzteren Fall will sich angesichts der eingehend analysierten anomischen Indikatoren aus den – wenn auch bezweifelbar erst auf Ende der 80er Jahre datierten – Legitimationskrisen im "Real-Sozialismus" auch hier mitunter die Frage aufdrängen: "Gegen die Mauer lebten wir besser"?

Abschließend meldet sich noch einmal *Peter Waldmann* zu Wort mit einem als "Versuch einer Bilanz" betitelten Resümee zur Rolle des Rechts unter und nach diktatorischen Phasen. Es will indes fraglich erscheinen, ob es Kennzeichen totalitärer Diktaturen ist, das

Recht zu "beugen": Nicht bestehendes Recht wird gebeugt, sondern es wird neues "Recht" gesetzt in Mechanismen, auf welche die Rechtsunterworfenen mangels Meinungs- und Wahlfreiheit keinen Einfluss mehr haben: Eine Rechtsordnung, die sich ausrichtet nicht an der Würde des Menschen, sondern an der Würde des Staates oder noch schlimmer: an der Würde des Regimes.

Der Band ist nicht nur vom Umfang her alles andere als ein Leichtgewicht. Er kommt auch fast ohne Druckfehler aus, von ein paar Schmunzeln erregenden Ausnahmen abgesehen ("trancisión", "Magister Atrium"). Ohne wenn und aber eine auch für Verfassungsjuristen in hohem Maße ertragreiche Lektüre.

Karl-Andras Hernekamp, Hamburg

Institut français d'études andines / Fundación PIEB /Embajada de Francia (Eds.)

La participación política, democracia y movimientos indígenas en los Andes

La Paz, 2005, Actes & memoires de l'Institut français d'études andines 2, 181 S.; Bol. 40,-

In the 1990s, the Latin American party systems began to show severe stress as approval ratings and support for most of the political parties declined notably. At the same time, indigenous social movements gained popularity and became an important force within the political bargaining process. Often, this development led to the formation of independent indigenous political parties, which entered national parliaments and participated in governments. Occasionally, these parties even took over government, as happened for the first time in 2005 with the victory of Evo Morales in the Bolivian presidential elections.

A plethora of literature reflects on the importance of ethnic cleavages and how they have become one of the defining factors of politics in the Andean region. The book under review compiles the contributions of a seminar organized by the French embassy in Bolivia after the political turmoil in October of 2003. During these, mainly, though not exclusively indigenous social movements had staged a week long protest against the governmental plans of selling gas to the US, which finally culminated in the resignation and flight to exile of the then president Sánchez de Losada. The seminar aimed at a reflection of "the political participation, democracy and indigenous movements in the Andes". Partnering institutions were the Instituto Francés de Estudios Andinos and the Programa de Investigación Estratégica en Bolivia (PIEB). The same institutions feature as editors of the subsequently published book (of 2005), which presents the participants' (mostly political scientists and sociologists) contributions.

The book is structured in four sections, which cover the "Characteristics of the indigenous political participation", "Impacts of the processes of indigenous participation in the government, in different levels of public representation and in the political sphere",

"Impacts of participation processes in indigenous communities", and "Political perspectives of indigenous movements" respectively.

Each of the four sections consists of various national case studies. The authors manage to paint a clear picture of the recent political development of indigenous political involvement. Regrettably, most articles only recount the developments without much explanation and interpretation. In such, they are valuable in helping to draw one's own conclusions as to what the depicted events contribute to the shaping of the socio-political landscape of the countries described. But they leave the reader alone in doing so.

Jorge León T., for example, describes in great detail the evolving governmental participation of the Indígenas in Ecuador in 2002-03, but he does not tell the reader what the underlying causes and shaping structures are that influence their political calculations. However, by outlining in great detail what the indigenous parties did, he gives the reader some hints as how to understand the socio-political dynamics.

Unfortunately, the essays in the book differ widely in quality. The second essay ("The indigenous uprising in defence of the gas and the overthrow of Gonzálo Sánchez de Lozada" by *Felix Patzi*) is nothing more than leftist rhetoric whose tone and style is just too well known to anybody who reads regularly political publications in Latin America. Sentences like "For the dominant class this was the moment to deepen the domination, in complicity with the transnational capital" are but one example of the quality of his analysis and the profoundness of the arguments used.

More prolific analyses try to combine the political viewpoint with a sociological as well as legal approach. In doing so, *Ricardo Peñaranda* illustrates how the indigenous movements of Colombia evolved internally away from the simple auto-perception of a necessary antagonist to the State (conceptualized as "them" in contrast to "us indigenous") to the rightful representative of particular interests. As a result, according to *Peñaranda*, the indigenous came to accept the State as the State itself accepted gradually the indigenous – a process which finally resulted in the drafting and adoption of the new constitution of 1991. This constitution acknowledged, inter alia, Colombia's ethnic and cultural variety, autonomy and unique forms of government by indigenous communities and guarantee of political participation. Those concessions, from the legal standpoint very far-reaching if not potentially destabilizing (taking into account the lack of experience with tribal autonomy or self-administration), have to be understood mostly symbolically, says *Peñaranda*. Refreshingly, here, after almost 100 pages, we finally encounter a thoughtful and insightful analysis which helps us to understand the complex and intertwined socio-politic and legal reality of Latin America.

The first one to employ the role that history played in the shaping of today's indigenous politics is the Peruvian anthropologist *Ramón Pajuelo Teves*. He describes the Peruvian State's efforts to assimilate the indigenous population and make them citizens. This, however, implicated that they ceased to be "indians", since an "indian" could not enjoy civil rights. *Pajuelo Teves* thus explains that even attempts to incorporate the indigenous population in the legal framework of the state were tainted by racism and western perceptions of

how a citizen should look like. (What he fails to explain, however, is that these particular negations of an indigenous identity – with all its legal implications – are one of the reasons that today in Peru no ethnic party exists.) The importance of this essay lies in the fact that it draws the attention to an often neglected aspect in today's discourse, namely that there has not always been suppression and negation of the indigenous people. In the 1970s and 80s, various leftist parties (or even military regimes) engaged in the struggle for indigenous rights, but exclusively within classist rather than racial perceptions. Even indigenous people perceived themselves as peasants rather than natives. Thus, *Pajuelo Teves'* descriptions are not fruitless historicism, but rather explain an important element of the background of present indigenous political struggle for more self-assertion.

A major weakness of the book is that most of its essays cover Bolivia. This may have happened unwittingly and due to the fact that the conference took place there. Maybe the editors even thought that Bolivia with the biggest indigenous population in South America (approx. 70% are of indigenous descent) could serve as a classic example. But this is exactly the problem: the Bolivian situation and the specific problems arising in this context are not always transferable to other countries. Peru, for example, does not have indigenous political parties nor is there any serious political organisation to represent the interests of the indigenous community. This is rooted in different institutional settings and different party politics of the Left which served as the most important representative of indigenous/peasant interests. It would have been fruitful to explain how those differences came about to provide some orientation for the reader.

The book tries to contribute to the understanding of present politics of the indigenous peoples of the Andes. Yet, most of the time it falls short of describing different concepts and understandings of development and economic well-being by indigenous communities (which, following indigenous concepts, must be defined much more holistic and less quantitative). The authors of the book describe the facts well but they mostly fail to provide an in-depth analysis of the typical features of indigenous political administration. In short, the present publication contains a good collection of cases of indigenous political participation, but its analytical value is at best questionable.

Tangmar Marmon, Mainz

Andrew White

Iraq: Searching for Hope

continuum, London / New York, 2005, 164 S., 14,31 EUR; ISBN 0-8264-8360-4

Hier liegt ein bemerkenswertes, ja einzigartiges Buch vor, das Einsichten und Ansichten über den Irak vermittelt, die anderswo nicht zu finden sind und die auch kein anderer als dieser Verf. vorlegen könnte: Ist er doch seit 1999 regelmäßig im Irak gewesen und hatte

dabei Kontakte zu den jeweiligen Machthabern – erst dem Saddam-Regime, dann den Vertretern der im 3. Golfkrieg siegreichen Koalition und schließlich den danach zu Einfluss gelangten irakischen religiösen und politischen Führungspersönlichkeiten – aber auch bis hin zu den Straßenkindern von Bagdad.

Diese Spannweite wiederum wurde ihm durch seine Stellung als Leiter des internationalen Versöhnungszentrums (International Centre for Reconciliation – ICR) der Kathedrale Coventry ermöglicht, die er 1998 übernommen hatte: Ausgehend von der inzwischen etablierten Partnerschaft mit Deutschland, dessen Luftwaffe am 14.11.1940 die Altstadt von Coventry mit der alten Kathedrale zerstört hatte, suchte er mit tatkräftiger Unterstützung seines Bischofs neue Felder der Versöhnungsarbeit und fand sie in Israel / Palästina und eben im Irak.

Dorthin kam er erstmalig im Februar 1999 auf Einladung des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten *Tariq Aziz* – einem Christen –, der sich von ihm Unterstützung gegen die von den VN verhängten Sanktionen erhoffte, die ja tatsächlich auch nach Auffassung des VN-Koordinators in Bagdad *Hans v. Sponeck* der Bevölkerung zusätzliche Leiden brachten, ohne dem Regime allzu viel anzuhaben. Als Gegenleistung erhielt er das Nutzungsrecht an der 1991 beschlagnahmten und seitdem verwahrlosten anglikanischen St. Georgs-Kapelle in Bagdad und eine offene Einladung, den Irak beliebig oft zu besuchen – sofern er jedes Mal eine Flasche englischer HP-Sauce für *Aziz* mitbrächte! Eine solche Übergabe ist fotografisch festgehalten.

Beim zweiten Besuch kurz darauf brachte *White* eine Gruppe britischer Kirchenführer nach Bagdad mit. Diesen gegenüber äußerte *Aziz* den Wunsch, dass im Gegenzug drei irakische Religionsführer Großbritannien und die USA besuchen könnten. Durch Vermittlung von Billy Graham (im Text korrekt, aber ungewohnt als „Dr. Graham“ bezeichnet) ließ sich das arrangieren, doch wurden die Besucher – neben Saddams sunnitischem „Hofprediger“ *Dr. Abdul Latif Humayem* der chaldäisch-katholische Patriarch *Raphael I. Bidawid* und der schiitische Ayatollah *Hussein al-Sadr* – nach fünfzügigen Verhören in der US-Botschaft Amman in den USA wie Kriminelle behandelt, dafür anschließend in Großbritannien als Staatsgäste. Für den Ayatollah, dessen gesamte Großfamilie während des Besuchs unter Hausarrest stand und der selbst mehrfach gefoltert worden war, muss dies ein Schlüssel-erlebnis gewesen sein.

Durch diese vom irakischen Fernsehen propagandistisch ausgeschlachteten Aktivitäten geriet *White* auch beim Foreign Office in den Ruf, ein trojanisches Pferd Saddams zu sein, doch war es ihm durch seine humanitäre Arbeit auch gelungen, das Vertrauen unabhängiger Persönlichkeiten wie der später entführten und ermordeten CARE-Direktorin *Margaret Hassan* und zahlreicher Normalbürger und Oppositioneller im Irak und im britischen Exil zu gewinnen. Letztere bildeten in den Londoner Stadtteilen Ealing und Islington zwei Gruppen, die – obwohl nur durch wenige Kilometer getrennt – keinerlei Kontakt miteinander unterhielten.

Je deutlicher aber die Absicht der USA wurde, auch ohne Mandat der VN (falls deren Inspektoren auf der Suche nach den vermuteten Massenvernichtungswaffen nicht fündig

wurden) im Irak zu intervenieren, desto lauter forderten *Whites* regierungsunabhängige Gewährsleute, diesmal müsse die Intervention bis zur Entmachtung Saddams – der von innen nicht zu stürzen sei – durchgezogen werden. Obwohl er den Beginn der Kämpfe im März 2003 als Versagen der eigenen Friedensbemühungen empfand, rechtfertigt der Autor den von der „Koalition der Willigen“ unternommenen Feldzug in längeren Ausführungen als erfolgreiche humanitäre Intervention und als „gerechten Krieg“, beklagt aber die fehlerhafte oder völlig fehlende Nachkriegsplanung. Dies sei auf mangelnde Sachkenntnis der amerikanischen Entscheidungsträger und ihrer Zuarbeiter zurückzuführen, mit denen er – jetzt als Fachmann gefragt – in laufendem Kontakt stand: „Their lack of knowledge about Iraq was very obvious and at times quite disturbing.“

Auch im Foreign Office zeigte man wenig Interesse am Anliegen des Verf., die stammesmäßige und religiöse Zersplitterung Iraks nicht zum gefährlichen Unruheherd werden zu lassen: Darum werde man sich kümmern, wenn die Wasser- und Stromversorgung gesichert sei. Dabei gilt nach seinen Erfahrungen auch bei gebildeten und weltläufigen Irakern die Loyalität in erster Linie dem Stamm, in zweiter der Religionsgemeinschaft und erst an dritter Stelle – wenn überhaupt! – dem Irak. Irgendwo dazwischen ist bei Saddam-Anhängern die Loyalität zur Ba’ath-Partei anzusetzen.

Bei seiner Rückkehr in den Irak Ende Mai 2003 erlebte *White* einen zunächst in seiner Tragweite nicht erkannten entscheidenden Fehler der Koalitionsführung: die zunächst völlig offene Grenze. Auf der Straße von Amman nach Bagdad wurde sein Fahrzeug an der Grenze von einem einzelnen US-Soldaten ohne Kontrolle durchgewinkt. Mindestens ebenso gravierend war die Entscheidung, alle Soldaten und Polizisten der alten Regierung fristlos zu entlassen, ohne sich weiter um sie zu kümmern. Sie standen nun unversorgt auf der Straße und bildeten ein gefährliches Widerstandspotential.

Zur Absicherung seiner humanitären Arbeit und auf Religionsfrieden gerichteten Bestrebungen stand der Verf. nun in ständigem Kontakt zur US-dominierten Koalitionsführung in Bagdad unter dem – seine Rolle als „König von Irak“ spürbar genießenden – *Paul Bremer* als persönlichem Repräsentanten des US-Präsidenten *Bush* und zu dem von diesem handverlesenen „Vorläufigen Regierungsrat“. Einigen von dessen Mitgliedern steht er mit spürbarer Reserve gegenüber, vor allem *Ahmed Chalabi* – lange der „Lieblingsiraker der Amerikaner und Quelle ihrer Informationen über Massenvernichtungswaffen“, bis er in Ungnade fiel und nun beschuldigt wird, die USA „als iranischer Agent hinters Licht geführt zu haben“.

Nach dem Muster der im Aktionsbereich Nahost unter seiner Federführung zustande gekommenen „Erklärung von Alexandria“, in der jüdische, muslimische und christliche Repräsentanten aus Israel und Palästina im Namen des Barmherzigen Gottes der Gewalt abschwören und sich zu friedlicher Zusammenarbeit bekennen, gelang es *White*, die schiitischen, sunnitischen und christlichen Führer im Irak zur Formulierung und Unterzeichnung der „Bagdader Religiösen Erklärung“ vom 3.2.2004 zu bewegen, der am 3.7.2004 in Doka eine entsprechende Erklärung für die (kurdischen) Nordprovinzen folgte (beide im Wortlaut abgedruckt). In Bagdad wurde bei dieser Gelegenheit ein „Irakisches Zentrum für

Frieden (ICP)“ gegründet und *White* zu dessen Präsidenten gewählt, womit er nun in seinem Lieblingsland dauerhaft verankert ist.

Von dieser Basis aus konnte und kann der Autor sich – in vielen Fällen erfolgreich – um die Freilassung von Geiseln bemühen, wobei er Medienberichterstattung als eher hinderlich und auf jeden Fall preistreibend bewertet. Auch hier blieben Misserfolge nicht aus, wie im schon erwähnten Fall *Margaret Hassan*. Beispiel für den erfolgreichen Einsatz persönlicher Beziehungen ist dagegen ein binnen einer Stunde erwirktes E-Mail-Schreiben *Arafats*, das einen entführten Palästinenser als solchen identifizierte und zu seiner alsbaldigen Freilassung führte.

Auch und gerade nach den Parlamentswahlen 2005 und der darauf folgenden mühsamen Regierungsbildung konnte und kann der Verf. seine Bemühungen fortsetzen, durch Zusammenwirken der allzu oft als Konfliktvorwand missbrauchten Religionen auch die politische Stabilisierung zu fördern.

Eine das Buch beschließende doppelte Episode mag auch am Ende dieser Rezension stehen: Beim Besuch der ihm vorher nicht bekannten Grabstätte des Propheten Heseziel (Ezeziel) in al-Kifl stellte der Verf. fest, dass diese in einer der ältesten Synagogen der Welt (um 500 n. Chr.) liegt. Dort beteten auch Muslime, obwohl daneben auch eine Moschee steht. Beim Abschied bat ihn der schiitische Aufseher wiederzukommen, um einen christlichen Gottesdienst zu halten, was er zusagte. Auf der Rückfahrt begann kurz vor Bagdad der Motor seines Wagens zu stottern, wodurch auch eine hinter ihm fahrende Kolonne von 20 beladenen Tank-Lkws aufgehalten wurde. Sekunden später ging wenige Meter vor ihm eine Bombe hoch, die offenbar dem Öltransport gegolten hatte... Nach dieser Lektüre versteht man, dass der Verf. trotz Chaos und Terror die Hoffnung nicht fahren lässt und dass er in der Einleitung Gott und Seinen Engeln für den zu seinem Schutz erbrachten Zeitaufwand dankt.

Karl Leuteritz, Königswinter

Kobina B. Ayensu / Sam N. Darkwa

The Evolution of Parliament in Ghana

Sub-Saharan Publishers, Accra, 2006, 171 S., 18,17 EUR; ISBN 9988550766

Dem Parlament kommt in einem demokratischen System eine Schlüsselrolle zu. Es ist zwischen der Exekutive und der Judikative der zweite Arm der Gewaltenteilung. In Afrika hat es auch zu Zeiten des Kalten Krieges häufig Parlamente gegeben, wenngleich sie in (semi)autoritären Einparteiestaaten ihre klassische, dem westlichen Demokratiemodell entsprechende Funktion nicht wahrnehmen konnten. Zumeist wurden sie von Diktatoren lediglich als *rubber stamp* zur formalen Absegnung ihrer Entscheidungen und als Foren für

den Lobgesang auf den Staatsführer missbraucht. Dabei wurde an den von den europäischen Kolonialherren übernommenen Traditionen und Parlamentsriten häufig festgehalten. So auch in Ghana, mit dessen Parlament sich das vorliegende Buch ausschließlich beschäftigt.

Das Land hat nach der Unabhängigkeit vor nunmehr 50 Jahren das Westminster-Parlament beibehalten, es aber politisch spätestens mit der Einführung des Einparteiensystems durch den Staatsgründer Kwame Nkrumah im Jahre 1964 zu einem verlängerten Arm der Exekutive ohne eigenes politisches Gewicht gemacht. Die Geschichte Ghanas war nach dem Putsch gegen Nkrumah 1966 geprägt durch mehrere gewaltsame Interventionen des Militärs. Parlamentswahlen wurden daraufhin lediglich in den Jahren 1969 und 1979 abgehalten. Nach der zweiten Machtübernahme durch Fliegerleutnant Jerry Rawlings gab es erst wieder 1992, 1996, 2000 und 2004 Parlamentswahlen, wobei es im Jahr 2000 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zu einem demokratischen Machtwechsel durch die Wahlen kam.

Trotz des Bedeutungszuwachses afrikanischer Parlamente nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Literatur über diese Institution noch immer sehr überschaubar. Es gibt nur wenige Detailstudien. Der vorliegende Band zur Nationalversammlung Ghanas ist deshalb von besonderem Interesse. Es handelt sich dabei um eine Betrachtung zweier ehemaliger Clerks of Parliament, die zu unterschiedlichen Zeiten diese wichtigste Verwaltungsposition im Parlament innehatten. Während der 1997 verstorbene Kobina Ayensu bei der Erlangung der völkerrechtlichen Unabhängigkeit und in der gesamten Amtszeit Nkrumahs das Amt ausübte, gehörte Sam Darkwa dem Haus ab 1969 bis in die späten 1990er Jahre an, zunächst als Assistant Clerk, später als Clerk. Der Band ist eine von Darkwa bis ins Jahr 2005 fortgeschriebene und aktualisierte Neuauflage der 1999 erschienenen ersten Auflage.

Das Buch profitiert somit deutlich von den langjährigen Erfahrungen und Insider-Kenntnissen der beiden Autoren. Aber gerade dieser Hintergrund stellt auch eine Schwäche des Bandes dar: Die Autoren konnten sich von der etwas trockenen parlamentarischen Sprache nicht lösen. Eigentlich interessante – leider auch einige weniger spannende – Sachverhalte sowie klassische Sonntagsreden von Politikern werden aus den offiziellen Parlamentsdebatten in epischer Breite zitiert, wobei die Floskeln in den meisten Fällen entbehrlich gewesen wären. Zudem ist das Buch nicht gut lesbar, da es an Übersichtlichkeit und an einer klaren Struktur fehlt. Die einzelnen Kapitel sind bisweilen nicht miteinander vernetzt. Wichtige und unwichtige Sachverhalte wurden fast willkürlich aneinandergereiht, was darauf schließen lässt, dass die Koordination zwischen den beiden Autoren durchaus verbesserungsfähig gewesen wäre. Grundinformationen, wie die Rolle des Speaker of Parliament, werden nicht etwa am Anfang, sondern ziemlich am Ende erklärt (S. 92 ff.).

Die Aufführung sämtlicher Kabinettsminister für jede Legislaturperiode wirkt im Haupttext störend, vor allem, da auf diese inhaltlich keinerlei Bezug genommen wird. Als reine Dokumentationen hätten diese umfangreichen Aufstellungen in einen Anhang gehört.

An anderen Stellen bleibt der Band sehr an der Oberfläche. So wurde beispielsweise mitgeteilt, der Staatshaushalt 1981 sei zunächst vom Parlament abgelehnt, später aber einmütig

verabschiedet worden (S. 71). Gründe für diese interessante Begebenheit werden nicht genannt. Stattdessen wird das Abstimmungsergebnis dokumentiert. Auch die „dramatischen Ereignisse“, die den Putsch gegen Nkrumah 1966 flankierten, werden mit den Tagebuchaufzeichnungen Ayensus angereichert (S.58f.). Leider sind diese ähnlich trocken und wenig aussagekräftig wie andere große Teile des Buches.

Im zweiten Teil (S.111-135) findet sich eine Darstellung des parlamentarischen Systems in den vier Republiken Ghanas. Dabei werden im wesentlichen die verschiedenen Verfassungen des Landes herangezogen. Zudem wird das Ausschusssystem in chronologischer Abfolge dargestellt. Auch dieser Teil des Buches bleibt an der Oberfläche, ist unübersichtlich und schlecht strukturiert.

Der Band klammert sich zu sehr an – auch weniger wichtige – technische Belange des Parlamentsbetriebs. Somit haben die Autoren ein authentisches Stück Arbeit vorgelegt. Für die Parlamentsforschung handelt es sich – trotz aller Defizite – um eine interessante Quelle, um als Grundlage für weitergehende Forschungen zu dienen. Insgesamt bleiben (zu) viele Fragen offen, die vielleicht aus politischer Rücksichtnahme von den Autoren nicht beantwortet wurden. Man hätte sich durchaus gewünscht, diese alt gedienten und erfahrenen Parlamentsbeamten hätten mehr aus dem Nähkästchen geplaudert.

Heiko Meinhardt, Hamburg